

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:

Geschäftsstelle der SPD Fraktion

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Bearbeitung: Christine Vitzthum (E-Mail: Telefon: 122-1036)

Änderungsantrag zu TOP 5.31 - VO/2013/00295

Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.02.2013	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Betriebe und Gesellschaften in Lübeck auf, ihre Geschichte oder die ihrer Rechtsvorgänger in der Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten und besonders den Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu dokumentieren.

Über die Ergebnisse ist der Bürgerschaft ebenso zu berichten, wie über die derzeit bestehenden und geplanten Gedenkstätten und Anlässe, zu denen der Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges in Lübeck gedacht wird. Anschließend ist zu prüfen, ob und wo eine weitere Gedenkstätte für diese Opfergruppen in Lübeck eingerichtet werden soll.

Die Interessengruppen der Opferverbände sind zu beteiligen.

Begründung:

Anlagen :



Vorsitzende/r
der SPD-Fraktion



Vorsitzender
CDU-Fraktion

